

Rechtsinformationsdienst

der Kanzlei

??????????????

??????????????

???????????

??????????

Ausgabe: private Mandanten
2011

Juli

Familien- und Erbrecht

Erfolgreiche Vatersuche über Handynummer

Bleibt ein sogenannter One-Night-Stand nicht ohne Folgen, kann sich der Vater des daraus hervorgegangenen Kindes vor Unterhaltsforderungen auch dann nicht mehr sicher sein, wenn er seinen Nachnamen nicht preisgegeben hat. Die Handynummer genügt. Das Amtsgericht Bonn hat auf Klage der sorgeberechtigten Mutter dem Kind einen Auskunftsanspruch gegenüber der Telekom zugesprochen, die nun den Namen des Anschlussinhabers und mutmaßlichen Vaters mitteilen muss.

Urteil des AG Bonn vom 08.02.2011
104 C 593/10 - Pressemitteilung des AG Bonn

Fortgeltung eines gemeinschaftlichen Testaments nach Scheidung und Wiederheirat

Haben Eheleute während der Ehezeit ein gemeinschaftliches Testament errichtet und wurden sie danach geschieden, lebt das Testament nach der Wiederverheiratung des Paares nicht wieder auf. Eine andere Beurteilung würde nach Auffassung des Oberlandesgerichts Hamm zu einer unüberschaubaren Gefährdung der Rechtssicherheit und zu einer unzulässigen Einschränkung der Testierfreiheit für die Zeit während der beiden Ehen führen.

Beschluss des OLG Hamm vom 26.08.2010
I-15 Wx 317/09
jurisPR-FamR 10/2011, Anm. 2

Unterhaltsverwirkung bei Eingehen einer verfestigten Lebensgemeinschaft

Nach 1579 Ziff. 2 BGB ist der Unterhaltsanspruch zu versagen, herabzusetzen oder zeitlich zu begrenzen, soweit die Inanspruchnahme des Verpflichteten auch unter Wahrung der Belange eines dem Berechtigten zur Pflege oder Erziehung anvertrauten gemeinschaftlichen

Kindes grob unbillig wäre, weil der Berechtigte in einer verfestigten Lebensgemeinschaft lebt. Grundsätzlich ist nach ständiger Rechtsprechung erst ab zwei bis drei Jahren von einer verfestigten Lebensgemeinschaft auszugehen. Dabei ist die Dauer des Zusammenlebens nur ein wichtiges, aber nicht entscheidendes Indiz.

Die Voraussetzungen sind auch dann gegeben, wenn die neuen Partner zunächst ein gutes Jahr in der Wohnung eines Partners zusammenlebten und dann eine gemeinsame neue Wohnung anmieten, deren Kosten sie gemeinsam tragen. Hier lässt sich daraus schließen, dass die neue Beziehung bereits nach insgesamt einhalb Jahren des Zusammenlebens für die Zukunft und auf Dauer angelegt und damit bereits hinreichend verfestigt ist.

Beschluss des OLG Frankfurt vom 19.11.2010
7 UF 91/09 - FF 2011, 121

Kindesunterhalt: keine Nebentätigkeitsverpflichtung bei Vollzeitbeschäftigung im Schichtdienst

Eltern trifft gegenüber ihren minderjährigen Kindern eine gesteigerte Unterhaltspflicht. Sie müssen alles Zumutbare tun, um den Unterhalt der Kinder sicherzustellen. Dies kann selbst bei einem Vollzeitbeschäftigten zur Aufnahme einer zumutbaren Nebentätigkeit nach Feierabend oder am Wochenende verpflichten (u.a. Urteil des OLG Dresden vom 16.02.2005, 21 UF 22/05).

Das Oberlandesgericht Saarbrücken verneint die Verpflichtung zur Aufnahme einer Nebentätigkeit jedoch jedenfalls dann, wenn der unterhaltspflichtige Vater seine Vollzeitbeschäftigung in Wechselschicht ausübt und dadurch besonderen Belastungen ausgesetzt ist.

Beschluss des OLG Saarbrücken vom 08.02.2011
9 WF 123/10 - MDR 2011, 543

Miet- und WEG-Recht

Mietminderung wegen zu kleiner Fläche einer möblierten Wohnung

Weist eine gemietete Wohnung entgegen den Angaben im Mietvertrag eine wesentlich kleinere Fläche auf, kann der Mieter die Miete entsprechend mindern. Die Wesentlichkeitsgrenze liegt nach ständiger Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs bei einer Wohnflächenabweichung von 10 Prozent und mehr.

Die Karlsruher Richter halten eine Reduzierung der Miete entsprechend der festgestellten Minderfläche auch bei einer möblierten Wohnung für gerechtfertigt. Daran ändert auch nichts, dass die für eine Haushaltsführung benötigten Einrichtungsgegenstände trotz der geringeren Wohnfläche vollständig in der Wohnung untergebracht werden können. Bei einer Flächenabweichung von 11,5 Prozent kann der Mieter die Mietminderung daher in Höhe desselben Prozentsatzes vornehmen.

Urteil des BGH vom 02.03.2011
VIII ZR 209/10
NJW 2011, 1282

Nebenkostenabrechnung im Insolvenzverfahren des Mieters

Der Bundesgerichtshof hat entschieden, dass der Vermieter seinen Anspruch gegen einen insolventen Mieter auf Zahlung der Nebkostennachforderung auch für einen vor der Insolvenzeröffnung liegenden Zeitraum noch als Insolvenzforderung geltend machen kann, wenn die Nebkostenabrechnung im Zeitpunkt der Insolvenzeröffnung noch nicht erstellt war.

Der Nachzahlungsanspruch kann während des laufenden Insolvenzverfahrens nicht gegen den Mieter persönlich geltend gemacht, sondern muss - ggf. nach entsprechender Schätzung - zur Insolvenztabelle angemeldet werden.

Urteil des BGH vom 13.04.2011
VIII ZR 295/10
Grundeigentum 2011, 684

Keine Transparente und Spruchbänder an Hausfassade

Eine Eigentümergemeinschaft kann mehrheitlich wirksam beschließen, dass das Anbringen von Plakaten, Tafeln, Spruchbändern, Transparenten oder Ähnlichem, aus denen Meinungsäußerungen oder Willensbekundungen ersichtlich sind, an der Hausfassade oder an Fenstern untersagt werden darf. Anlass für den Beschluss war in dem konkreten Fall, dass ein Miteigentümer in und an seinen Fenstern mehrere Plakate und Spruchbänder befestigt hatte, auf denen er seinen Unmut über den Verkäufer der Wohnung und die Hausverwaltung zum Ausdruck gebracht hatte („Hier Baupfusch - Musterhaus zu besichtigen, Tel: ... Mail: ...“, „hier hinterließ eine ... Bauträger-Mafia als ... Heuschrecke in Betrugsabsicht eine nicht gebrauchsfähige Schrottimmobilie“ usw.).

Das Amtsgericht Erfurt gab hier dem Interesse der Eigentümergemeinschaft, die Hausfassade von Meinungsäußerungen freizuhalten, die sich sowohl optisch als auch inhaltlich unmittelbar auf das gesamte im Gemeinschaftseigentum stehende Objekt auswirken, Vorrang vor dem Recht des einzelnen Wohnungseigentümers auf Meinungsfreiheit.

Urteil des AG Erfurt vom 12.01.2011
5 C 69/09 - Pressemitteilung des AG Erfurt

Befriedigung aus Kautions trotz Veräußerung

Hat ein Vermieter eine Wohnimmobilie verkauft, kann er sich zur Deckung einer rechtskräftig festgestellten Forderung auch dann noch der vom Mieter geleisteten Kautions bedienen, wenn er das Mietobjekt bereits übereignet hat, die Kautions sich aber noch in seinem Besitz befindet. Ansonsten würde der Mieter durch die Veräußerung zulasten des vormaligen Vermieters ungerechtfertigt besser gestellt, indem er die Mietsicherheit von dem Erwerber uneingeschränkt zurückfordern könnte.

Urteil des OLG Frankfurt vom 15.04.2011
2 U 192/10 - Justiz Hessen online

Steuerrecht

Änderung von Einkommensteuerbescheiden bei falschen Kilometerangaben

Macht ein nicht selbstständig Tätiger über Jahre hinweg in seinen Einkommensteuererklärungen bewusst falsche Angaben zur Entfernung zwischen Wohnort und Arbeitsstätte (hier 28 statt in Wirklichkeit 10 Kilometer), stellt dies eine strafbare Steuerhinterziehung dar. Das hat zur Folge, dass das Finanzamt die insofern zu hoch angesetzten Werbungskosten noch für 10 Jahre rückwirkend neu festsetzen und die entsprechende Einkommensteuer nachfordern kann.

Urteil des FG Rheinland-Pfalz vom 29.03.2011
3 K 2635/08
BB 2011, 1174

Anteilige Anerkennung von Reisekosten bei Auslandssprachkurs

Die Teilnahme an einem Auslandssprachkurs ist für den Bundesfinanzhof in der Regel privat mitveranlasst. Daher können die Kosten für einen solchen Sprachkurs nur anteilig als Werbungskosten abgezogen werden. Die Aufteilung ist grundsätzlich nach dem Verhältnis der beruflichen und privaten Zeiteile vorzunehmen. Werden berufliche und private Veranlassungsbeiträge nicht zeitlich nacheinander, sondern gleichzeitig verwirklicht, kommt auch eine pauschale Aufteilung jeweils zur Hälfte in Betracht.

Urteil des BFH vom 24.02.2011
VI R 12/10 - DStR 2011, 968

Verkehrsrecht

Kein Schadensersatz für verunreinigte Kleidung durch Spritzwasser

Ein Pkw-Fahrer ist nach einer Entscheidung des Landgerichts Itzehoe nicht verpflichtet, Wasserlachen auf der Fahrbahn stets nur im Schrittempo zu durchfahren, wenn andernfalls Fußgänger bespritzt werden könnten. Zur Begründung führte das Gericht die mit der Geschwindigkeitsreduzierung verbundene Unfallgefahr auf. Ferner würde es zu erheblichen Verkehrsbehinderungen kommen, wenn bei Regen alle Kraftfahrzeuge nur mit Schrittgeschwindigkeit fahren dürften.

Beschluss des LG Itzehoe vom 24.02.2011
1 S 186/10 - Pressemitteilung des LG Itzehoe

Verengung eines Radwegs durch Falschparker

Das Abschleppen eines teilweise auf einem Radweg abgestellten Pkws ist verhältnismäßig und damit zulässig, wenn es den Radweg unter Berücksichtigung seiner jeweiligen Verkehrsbedeutung mehr als nur unwesentlich einengt. Das Oberverwaltungsgericht Nordrhein-Westfalen geht von einer mehr als unwesentlichen Verengung aus, wenn der Radweg nur noch zu etwa zwei Dritteln für Radler frei ist.

Beschluss des OVG Nordrhein-Westfalen v. 15.04.2011
5 A 954/10 - JURIS online

Gemeinde muss vor witterungsbedingten Straßenschäden warnen

Der frostreiche Winter hat auf deutschen Straßen zum Teil erhebliche Spuren hinterlassen. Die Kommunen kamen angesichts klammer Kassen teilweise nur zöger-

lich mit Ausbesserungsarbeiten nach. Leidtragender war u.a. ein Autofahrer, der auf einer Nebenstraße über mehrere aus einer muldenförmigen Spurrille herausragende Pflastersteine fuhr und dabei die Ölwanne an seinem Pkw beschädigte, obwohl er wegen des schlechten Straßenzustandes die Geschwindigkeit bereits auf 30 km/h reduziert hatte.

Das Landgericht Aurich verurteilte die Kommune zur Zahlung des Fahrzeugschadens. Diese hatte es versäumt, die Unfallstelle - wie bereits andere Nebenstraßen im Gemeindegebiet - wegen witterungsbedingter, erheblicher Straßenschäden für den Straßenverkehr zu sperren oder zumindest Warnschilder mit einer Geschwindigkeitsreduzierung auf 10 km/h aufzustellen.

Urteil des LG Aurich vom 06.01.2011
2 O 698/10 - DAR 2011, 205

MPU-Anordnung auch bei langem Zwischenraum zwischen Trunkenheitsfahrten

Nach einer Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofs Baden-Württemberg ist die Anordnung einer medizinisch-psychologischen Untersuchung (MPU) bei Vorliegen zweier nicht tilgungsreifer Verkehrsverstöße unter Alkoholeinfluss geboten, auch wenn dazwischen ein vergleichsweise langer Zeitraum (hier über 9 Jahre) liegt, in dem der Betroffene nicht mehr einschlägig aufgefallen ist.

Urteil des VGH Mannheim vom 10.12.2010
10 S 2172/10
DÖV 2011, 246

Versicherungsrecht

Bindung an Krankenversicherungsbefreiung

Lässt sich ein Student zu Beginn des Studiums von der gesetzlichen Krankenversicherung befreien und versichert er sich privat, bleibt er für die Zeit des Studiums an diese Wahl gebunden. Er kann daher nicht ohne Weiteres zurück in die gesetzliche Krankenversicherung wechseln. Die einmal erteilte Befreiung wirkt unwiderruflich bis zum Studienende, also auch für ein anschließendes Zweitstudium.

Urteil des SG Trier vom 16.02.2011
S 5 KR 119/10 - Niedergelassener Arzt 2011, Nr. 5, 6

Berufsunfähigkeitsversicherung: Angabe auch geringfügiger Vorerkrankungen

Eine Berufsunfähigkeitsversicherung verweigerte ihrem Versicherungsnehmer jegliche Ersatzleistung, weil er im Antragsformular die Frage nach Vorerkrankungen wahrheitswidrig mit „nein“ beantwortet hatte. Später erfuhr die Versicherung, dass der Versicherte mehrere ärztliche Behandlungen und Krankschreibungen wegen

Prüfungsangst nicht angegeben hatte. Als der Versicherte arbeitsunfähig wurde, verweigerte die Versicherung unter Berufung auf die falschen Angaben jegliche Leistung.

Beim Verschweigen von Bagatellkrankheiten muss grundsätzlich die Versicherung darlegen, weshalb eine solche leichte Erkrankung bei Abschluss des Versicherungsvertrages als risikoh erhöhend anzusehen ist. Im entschiedenen Fall war die Gefahrerhöhung jedoch offenkundig. Auch wenn die Krankheit - wie hier - angesichts der nur leichten körperlichen Symptome keiner besonderen Behandlung bedurfte, sind krankhafte Angstzustände, die sogar eine längere Krankschreibung nach sich ziehen, bei der Frage nach Vorerkrankungen zweifellos anzugeben. Da der Versicherte dies unterlassen hatte, verlor er sämtliche Ansprüche aus der Berufsunfähigkeitsversicherung.

Urteil des LG Dortmund vom 10.03.2011
2 O 380/10
Versicherung & Recht kompakt 2011, 100

Keine Witwenrente bei Versorgungsheirat

Eine Witwe hat keinen Anspruch auf Hinterbliebenenrente, wenn die erst kurz vor dem Tod des Versicherten geschlossene Ehe vor allem ihrer Versorgung diene. Für das Vorliegen einer Versorgungsehe spricht, wenn die Versorgung der Hinterbliebenen - wie hier - durch Übertragung privater Vermögenswerte zu Lebzeiten und von Todes wegen erfolgte. Dem Verstorbenen war es aufgrund der beachtlichen Zuwendungen erkennbar um die finanzielle Versorgung seiner Ehefrau für die Zeit nach seinem Tod gegangen.

Urteil des LSG Baden-Württemberg vom 12.04.2011
L 13 R 203/11
Pressemitteilung des LSG Baden-Württemberg

Verwandtendarlehen für Hartz IV-Empfänger

Das Sozialgericht Berlin hat sich mit der Frage befasst, wann Zahlungen von Verwandten auf die staatlichen Leistungen an einen Hartz IV-Empfänger anzurechnen sind. Anspruchsmindernd wirken sich in jedem Fall Geschenke und Unterhaltszahlungen aus. Behauptet der Hilfeempfänger, ein Geldbetrag sei ihm nur als Darlehen zur Verfügung gestellt worden, muss er dies nachweisen. Unklarheiten gehen zu seinen Lasten. Als Min-

destvoraussetzung für einen ernstgemeinten Darlehensvertrag verlangt das Gericht, dass spätestens zum Zeitpunkt des Geldflusses eine konkrete Verabredung über die Rückzahlungsverpflichtung getroffen wurde.

Urteil des SG Berlin vom 18.01.2011
S 157 AS 26445/08 - Pressemitteilung des SG Berlin

Berechnung des Urlaubsanspruchs bei Elternteilzeit

Nach § 4 BUrlG (Bundesurlaubsgesetz) entsteht der Urlaubsanspruch des Arbeitnehmers nach erfüllter Wartezeit jeweils mit Beginn des Urlaubsjahres. Der Arbeitgeber ist nach § 17 Abs. 1 Satz 1 BEEG (Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz) jedoch berechtigt, den Erholungsurlaub für jeden vollen Kalendermonat der Elternzeit um ein Zwölftel zu kürzen. Befand sich - wie im Streitfall - der Arbeitnehmer vom 16. August 2008 bis zum 15. Oktober 2008 in Elternzeit, zählt nur der Monat September als voller Kalendermonat. Der Jahresurlaub darf in diesem Fall daher nur um ein Zwölftel gekürzt werden.

Urteil des BAG vom 17.05.2011
9 AZR 197/10 - Pressemitteilung des BAG

Reiserecht

Vorsicht bei Einfuhr einer teuren Brille

Das Finanzgericht Düsseldorf hat entschieden, dass eine in der Türkei während des Urlaubs erworbene Brille, die den Wert der Freigrenze von 430 Euro überschreitet, abgabenpflichtig ist und daher bei der Einreise nach Deutschland angemeldet werden muss. Dabei ist der gesamte Wert der Brille zu verzollen. Die Wertgrenze von 430 Euro stellt insoweit keinen Freibetrag dar, der bei der Bemessung der Abgabe in Abzug zu bringen ist. Auch eine Verteilung des Warenwertes auf mehrere Mitreisende ist in diesem Fall nicht möglich.

Urteil des FG Düsseldorf vom 25.03.2011
4 K 120/11
Justiz NRW online

Keine Mitflugverweigerung bei Nichtvorlage der Kreditkarte

Kann eine Flugreise im Internet nur mit einer Kreditkarte gebucht werden, kann die Fluggesellschaft vor dem Abflug auch dann nicht die Vorlage der Kreditkarte verlangen, wenn darauf in den Allgemeinen Geschäftsbedingungen ausdrücklich hingewiesen wird. Kreditkarten sind keine Reiseunterlagen.

Die Vorlageverpflichtung ist daher hinsichtlich der Kreditkarte wegen unangemessener Benachteiligung des Kunden unwirksam. Denn es sind durchaus Fälle denkbar, dass ein Kunde - wie in dem vom Landgericht Frankfurt entschiedenen Fall - völlig unverschuldet nicht mehr im Besitz der Karte ist. Ihm kann daher die Teil-

nahme an dem Flug nicht allein wegen Nichtvorlage der für die Buchung verwendeten Karte verweigert werden, wenn auch ohne deren Vorlage die Bezahlung des Fluges nachweisbar ist.

Urteil des LG Frankfurt/Main vom 27.01.2011
2 24 O 142/10 - ArbN 2011, Nr. 3, 32

Flugverspätung durch Erkrankung von Crewpersonal

Einem Flugreisenden steht bei einer mehr als dreistündigen Ankunftsverspätung ein Ausgleichsanspruch zu, es sei denn, die Verspätung beruht auf einem außergewöhnlichen Umstand im Sinne der Exkulpationsmöglichkeit nach Art. 5 Abs. 3 der genannten Verordnung. Das Amtsgericht Rüsselsheim verneinte das Vorliegen eines außergewöhnlichen Umstandes, wenn ein Flug wegen Erkrankung eines Crewmitglieds um einen Tag verschoben werden muss, bis entsprechendes Ersatzpersonal am Abflugort eingetroffen ist.

Zwar erkannte der Richter, dass es der Fluggesellschaft nicht zumutbar ist, an jedem Einsatzort permanent Ersatzpersonal bereitzuhalten. Der Ausfall eines Mitarbeiters in einem Unternehmen stellt jedoch ein gewöhnliches Unternehmerrisiko dar und kann daher nicht als außergewöhnlicher Umstand angesehen werden.

Urteil des AG Rüsselsheim vom 17.09.2010
3 C 598/10 (31) - RRA 2010, 278